



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 34881 - 33  
Fernschreiber 0386 890

E/XIV/18 - 22. Januar 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2a	Kriegsopfer lehnen ab! Von Hugo Rasch, MdB	107
3 - 4	Chancen der französisch-algerischen Friedensverhandlungen Von unserem Korrespondenten Georg Schauer, Paris	66
5	Bonn mischte an der Saar mit Hintergründe der Regierungskrise in Saarbrücken	36
6	Schon Macht der Gewohnheit? Bemerkungen zu einer Fernseh-Reportage	21
6	Die Nerven des Herrn Strauß Nicht geeignet für verantwortungsvollen Posten	19
7	Zonen-LDP wurde gleichgeschaltet Eigenleben nicht mehr möglich	48

\* \* \*  
\* \* \*

Kriegsopfer Lehnen ab!

Von Hugo Rasch, MdB

Die Diskussion um die Reform der Kriegsopfer-Versorgung hat durch Presse- und Rundfunckerklärungen des Bundesarbeitsministers Theodor Blank einen bedauernswerten Tiefstand erreicht. Zum Teil müssen diese Erklärungen als demagogisch bezeichnet werden, denn anders kann man es nicht nennen, wenn Blank davon spricht, daß eine Erhöhung der Kriegsopfer-Renten einer Vergeudung von öffentlichen Mitteln gleichkomme. Die Empörung der Kriegsopfer gegen derartige Äußerungen ist berechtigt, denn diese Renten erhalten Menschen, die schwere und schwerste körperliche und gesundheitliche Schäden durch den Krieg davongetragen haben.

Auch der Vergleich mit dem beschädigten, schwerreichen Generaldirektor ist widerwärtig. Hiermit soll in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt werden, als sei bei der Versorgung der Opfer des Krieges schon zuviel des Guten geschehen. Es muß einmal mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß eine Reform der Kriegsopfer-Versorgung, wie Minister Blank sie anstrebt, nichts weiter ist als eine optische, propagandistische Effektaascherei, die einen kleinen Teil von Schwerbeschädigten berücksichtigt und die die Millionenmasse der Kriegsopfer leer ausgehen läßt.

Eine primitive Argumentation ist es, wenn der Minister darauf hinweist, daß unter den vielen Tausend Petitionen an den Deutschen Bundestag keine sei, die sich mit der Erhöhung der Grundrenten für Kriegsopfer beschäftigt. Diesen Umstand verdankt er nur der Disziplin der Kriegsopfer-Verbände. Wenn er allerdings wünscht, Petitionen zu erhalten, können ihm umgehend einige Lastkraftwagen mit Petitionspost zur Verfügung gestellt werden. Und wenn Blank davon spricht, daß in den letzten Jahren den Kriegsopfern durch sechs Novellen zum Bundesversorgungsgesetz geholfen worden sei, dann muß hier eindeutig festgestellt werden, daß fünf von diesen sechs Novellen durch die Initiative der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion zustande gekommen sind.

Für die deutsche Öffentlichkeit wird es interessant sein, einmal folgende Vergleiche zu wissen: 3,413 Millionen Kriegsopfer er-

halten 5,536 Milliarden DM = DM 82,-- pro Person je Monat im Durchschnitt. Die Durchschnittsleistung für einen ehemaligen Berufssoldaten der früheren Wehrmacht beträgt laut Bundeshaushalt DM 660,--, das Witwen- und Waisengeld DM 312,--. Die Durchschnittsleistung für einen verdrängten Angehörigen des öffentlichen Dienstes beträgt DM 587,50, das Witwen- und Waisengeld DM 308,--. Die Versorgung also von insgesamt 316.680 Versorgungsberechtigten dieser Gruppe erfordert einen Aufwand von 1,653 Milliarden DM, das ist ein Durchschnitt von DM 434,-- pro Person je Monat.

In der gesetzlichen Unfallversicherung beträgt die durchschnittliche Vollrente für einen 100% Beschädigten DM 280,--, dagegen bei einem 100% Kriegsbeschädigten DM 140,--, und dieser muß sich die Anrechnung seines sonstigen Einkommens auf seine Ausgleichsrente gefallen lassen, während der Unfallverletzte seine Rente ohne Einschränkung erhält.

Hier muß auch festgestellt werden, daß für die Pflichtsoldaten der Bundeswehr bei erlittenen Unfallschäden oder Tod durch Wehrdienstleistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz gewährt werden. Ist es nicht kurios, wenn man folgendes feststellen muß:

Die Familie des Wehrpflichtigen hat für die Zeit der Wehrpflichtübung Anspruch auf Unterhaltssicherung. Hat der Wehrpflichtige ein Netto-Monatseinkommen bis zu DM 260,--, beträgt der Unterhaltsbeitrag für die Frau bzw. die Familie DM 200,-- bis DM 234,-- und steigert sich auf DM 550,-- bis DM 800,-- in Fällen, wo das Einkommen des Wehrpflichtigen über DM 1.120,-- gelegen hat. Erleidet der Wehrpflichtige einen Unfall mit Todesfolge, so bekommt seine Witwe nur eine monatliche Grundrente von DM 70,-- und, wenn sie kein weiteres Einkommen hat, eine monatliche Ausgleichsrente von DM 95,--. Die Kinder haben einen Anspruch auf eine Grundrente von DM 20,-- im Monat und bei keinem sonstigen Einkommen eine Ausgleichsrente von DM 50,-- im Monat. Hierbei muß wieder vermerkt werden, daß dann, wenn die Witwe mehr Einkommen hat als DM 135,-- im Monat, der übersteigende Betrag auf die Ausgleichsrenten der Waisen angerechnet wird. Man muß fragen, ob Herr Blank jetzt noch die Fürsorge-Prinzipien in der Bundesversorgungsgesetzgebung bestreitet.

Der Herr Bundesarbeitsminister hat auch davon gesprochen, daß die Forderungen der Kriegsopter, die sich auf ein jährliches Mehr von 2 1/2 bis 5 Milliarden DM bewegen, utopisch seien. Wenn man von Utopie spricht, dann muß man sich aber vergewissert haben, wie hoch die Forderungen der Kriegsopter-Verbände für die einzelnen Versorgungsberechtigten sind. Die Kriegsopter-Verbände fordern nämlich für einen 100% Beschäftigten eine monatliche Versichertenrente von DM 250,--, darüber hinaus noch eine Berufsschadenszulage von DM 150,--, insgesamt DM 400,--. Für die Kriegerwitwe fordern die Verbände 60% der Bezüge eines um 100% versicherten Beschäftigten = DM 240,--, und für eine Witwe werden DM 100,-- im Monat gefordert. Diese Beträge sollen gewährt werden neben jedem sonstigen Einkommen, denn die Tatsache steht fest, daß die Kriegsopter, insbesondere die Beschädigten, ja mit erheblichen körperlichen Beeinträchtigungen ihrem Erwerbaleben nachgehen müssen.

Interessant in diesem Zusammenhang ist hier die Feststellung, daß der Beirat für Versorgungsrecht, ein Gremium von ca. 20 Personen und vom Bundesarbeitsminister berufen, dem Arbeitsminister auch Empfehlungen unterbreitet hat, deren finanzielle Leistungen ebenfalls 3 Milliarden DM pro Jahr für die Kriegsopter vorsehen. Hierbei ist besonders bemerkenswert, daß in diesem Beirat auch die Kriegsopter vertreten sind. Sie stellen aber nur ein Drittel der Vertreter. Die übrigen sind Vertreter der deutschen Länder, praktisch alles hohe Verwaltungsbeamte und besonders auf sozialpolitischem Gebiet erfahrene Persönlichkeiten aus der Bundesrepublik. Man kann von einer Reform der Kriegsopter-Versorgung nur sprechen, wenn sie verbesserte Leistungen bringt, und wenn sie auch die so über Gebühr belastete Verwaltung und Durchführung dieses Gesetzes herabmindert. Die Ideen des Herrn Arbeitsministers und die Vorschläge, die von der zuständigen Abteilung im Bundesarbeitsministerium bisher der Öffentlichkeit unterbreitet worden sind, sind nichts weiter als eine Verhärtung des jetzigen Bedürftigkeits- und Fürsorgeprinzips in der Kriegsopter-Versorgung. Die Kriegsopter haben auf Grund ihres gebrachten Opfers für die gesamte Nation einen Anspruch auf Versorgung, die auf schadensrechtlichen Ansprüchen basiert, und sollten nicht abgespeist werden mit Renten, die im Vergleich zu anderen Leistungen nach anderen Sozialgesetzen auf der untersten Stufe stehen. Auch die jetzt vom Bundesfinanzminister zur Verfügung gestellten rund 500 Millionen DM können keine echte Reform bringen. Sie sind nichts weiter als eine neue Novelle zu einem bisher schlechten Gesetz.

+ + +

- 3 -

Chancen der französisch-algerischen Friedensverhandlungen

Von unserem Korrespondenten Georg Scheuer, Paris

Welche Chancen haben die gegenwärtigen Fühlungen zwischen Abgesandten de Gaulles und den Männern der algerischen Exilregierung in Kairo zur Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen? Man muß an die bisherigen Stappen erinnern: Nach seiner Machtübernahme im Juni 1958 schien de Gaulle den Mai-Putschisten Recht zu geben. ("Ich habe euch verstanden"). Bald darauf richtete er aber an die FLN ein öffentliches Verhandlungsangebot, das nicht beachtet wurde; jetzt hat er schließlich eine politische Amnestie für die algerischen politischen Häftlinge erlassen. Welche Pläne verfolgt der neue Staatspräsident nur tatsächlich?

Er hat sie jetzt selbst definiert und abgegrenzt: weder "Integration" (vollkommener "Anschluß" Algeriens an Frankreich), noch staatliche Lostrennung, sondern "Eigenpersönlichkeit", eine gewisse Autonomie "im Rahmen" der französischen "Communauté", etwa nach dem Muster des gegenwärtigen Status von Madagaskar. Frankreich behielt demnach zunächst die Kontrolle der Armee und der Diplomatie und würde die Industrialisierung des Landes leiten, die vom alten Kolonialsystem sabotiert wurde. Klein-Europa und insbesondere auch die Deutsche Bundesrepublik sollen an Wirtschaftsprojekten beteiligt werden (Erdöl, Erdgas, Hüttenwerke).

Für die französischen Rechtsextremisten, die im Parlament durch die algerischen Kollaborateure und durch den rechten Flügel der UNR vertreten sind, und die in Algerien selbst immer noch wichtige Positionen besetzen, bedeuten diese Absichten de Gaulles bereits "Verrat" und "Verzicht". Sie haben durchgesetzt, daß Premierminister Debré in seiner Regierungserklärung die Pläne de Gaulles stark abschwächte und daß die FLN-Führer Ben Bella und Genossen nicht einfach freigelassen, sondern vorläufig in eine Art Festungshaft überführt wurden. Die Drohungen der Mai-Putschisten mit neuem Aufbruch gegen die Begnadigung der zum Tode Verurteilten wurden nicht verwirklicht, der rechtsradikale Widerstand hat aber nicht nachgelassen.

Wie reagieren nun die nordafrikanischen Nationalisten? Die Regierungen Tunesiens und Marokkos scheinen eine vollkommen unabhängige algerische Republik zu fürchten - die FLN-Armee ist heute bereits stärker, als die Armeen Tunesiens und Marokkos zusammen - und zum Gedanken eines doppelten Staatenbundes zu neigen: einerseits ein horizontaler Bund, die Nordafrikanische Union des "Maghreb" (Tunesien, Algerien, Marokko), gemäß den Beschlüssen der Tanger-Konferenz, andererseits ein vertikaler Bund mit Frankreich im Rahmen der "Communauté". Eine "legale" Verwirklichung der algerischen Autonomie wäre somit in den Bereich des Möglichen gerückt. Der tunesische Botschafter in Paris, der Sohn Bourghibas, machte in seinem Interview im französischen Fernsehen deutliche Hinweise auf diese Vorbereitungen.

Auch Kairo scheint seit Einleitung der neuen ägyptischen Außenpolitik, seit der Annäherung an den Westen, die neuen französischen Nordafrika-Pläne in "mildem Licht" zu sehen. Es ist bezeichnend, daß von den versprochenen 12 Milliarden Francs, die die Vereinigte Arabische Republik der FLN zugesagt hat, bis jetzt nicht ein Centime gezahlt wurde. (Die Araber-Liga spendete 14 Milliarden). Paris besitzt andererseits in Kairo ein wichtiges Druckmittel mit Waffenlieferungen nach Israel.

Der radikalere Teil der FLN-Führung, der nach dem Umschwenken Bourghibas bei Kasser Zuflucht suchte, versucht nunmehr, in Moskau Anlehnung zu finden. Auch hier mußte aber das neue französische Regime vorsubeugen, wie die letzten Besprechungen General de Gaulles mit dem Sowjetbotschafter Winogradow in Paris beweisen. Die französische Regierung gab Moskau die folgenschweren Rückwirkungen einer möglichen Anerkennung der algerischen Exilregierung durch die Sowjetunion zu bedenken.

Man hat es also in Paris verstanden, die FLN-Führung auf diplomatischer Ebene weitgehend zu isolieren und vor allem in Rabat, Tunis, Kairo und selbst in Moskau auf den Verhandlungsweg zu bringen, um einem Kompromiß näherzukommen. Wie aber soll dieser Kompromiß aussehen? Die FLN-Führung muß mit der Wirkung im algerischen Maquis rechnen. Bindende Entscheidungen könnten jedenfalls ohne die maßgebenden Männer der in Algerien kämpfenden Aufständischen nicht unternommen werden.

Bonn mischte an der Saar mit

A. B. Saarbrücken

Nicht "Meinungsverschiedenheiten zwischen den Koalitionsparteien", sondern ein Hauskrach in der CDU-Saar hat am Mittwoch in Saarbrücken eine Regierungskrise heraufbeschworen. Weil die SPD und die DPS, die Koalitionspartner der CDU in der Saarregierung, ankündigten, daß sie bei der von Ministerpräsident Egon Reinert (CDU) geforderten Abberufung des Justizministers Dr. Hubert Ney (CDU) den Sitzungssaal des Landtages verlassen würden, so daß das Plenum beschlußunfähig würde, reichte Reinert am Mittwoch den Rücktritt seines Kabinetts ein.

An dieser Regierungskrise in Saarbrücken ist Bonn nicht unschuldig. Das stete Drängen der Bonner CDU auf die Herbeiführung der "Christlichen Einheit" zwischen der CDU-Saar und der CSU/CVP ist nicht zuletzt Ursache der Krise in Saarbrücken. Egon Reinert ist bei der Bildung der "Christlichen Einheit" in Termenschwierigkeiten geraten, nachdem sich Justizminister Dr. Ney weigerte, sein Justizministerium für ein Mitglied der CSU/CVP freizumachen.

Dr. Ney ist sich in seiner Haltung der Sympathie der Öffentlichkeit bewußt. Diese Sympathie der Öffentlichkeit mag weniger aus politischen als aus gefühlsmäßigen Motiven herrühren. Man sieht in ihm den Mann, der sich gegen die Kräfte der Vergangenheit an der Saar wehrt und sich gegen ihr Wiederauftreten auf der politischen Bühne stemmt. Man glaubt, daß man ihn, den Gründer der CDU/Saar, der einst gegen den Willen des Kanzlers zum "Nein" gegen das Saarstatut zusammen mit der SPD und der DPS aufrief, auf dem Altar der "Christlichen Einheit" opfern will.

Reinert dürfte in der Vergangenheit viele psychologische Fehler gemacht haben. Er mußte jetzt erkennen, daß man die "Christliche Einheit" nicht mit Gewalt durchziehen kann. Vielleicht erkennt er aber auch, daß es Aufgabe eines Ministerpräsidenten ist, das Land zu regieren, als Parteipolitik im Sinne Adenauers zu machen.

Für das Saarland kommt diese Regierungskrise sehr ungelegen. Man sagt nicht zuviel, wenn man behauptet, daß es verantwortungslos von der CDU ist, zu diesem Zeitpunkt wegen parteiinterner Schwierigkeiten eine Regierungskrise heraufzubeschwören, von der man noch nicht weiß, wann sie enden wird. Man ist in Saarbrücken optimistisch über eine baldige Lösung der Krise. Aber man war es auch bei der Krise im Jahre 1957. Damals dauerte es dann drei Monate, bis eine neue Regierung gebildet war.

### Schor: Macht der Gewohnheit ?

sp - Das Deutsche Fernsehen sendete am Mittwochabend eine Reportage über die Entwicklung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Die Sendung zeigte anschaulich, wie sich in der Vergangenheit der westeuropäische Wirtschaftsraum über die Montan-Union bis zur EWG zusammengeschlossen hat und wie in Zukunft die wirtschaftliche Zusammenarbeit der an der EWG beteiligten Staaten ausgebaut werden soll. Das war gut gemacht und gab auch dem Laien Einblick in Automatik und Zielsetzung des wirtschaftlichen Zusammenschlusses in Westeuropa. - Aber dabei passierte ein Malheur. Als der Sprecher die westeuropäischen Staaten nannte, die sich an der EWG beteiligen, sprach er nicht von der Bundesrepublik, sondern von "Deutschland". Er tat es mit einer Selbstverständlichkeit, die ahnen lässt, wie verbreitet in gewissen Kreisen heute schon die Abschreibungstheorie sein mag. Man meint die Bundesrepublik und sagt "Deutschland", ohne den Zuhörer auch nur in einem Nebensatz darauf aufmerksam zu machen, dass es sich hierbei nur um einen Teil Deutschlands handelt. Wir wollen hoffen, dass aus dieser Art, über Deutschland zu sprechen, keine Dauer Einrichtung wird. Sonst hätten nämlich diejenigen Recht, die gelegentlich der Befürchtung Ausdruck geben, wir denken hier in der Bundesrepublik allzu oft nur an uns selbst.

- + -

### Die Nerven des Herrn Strauss

sp - Bundesverteidigungsminister Strauss ist am Mittwoch also vor den Mitgliedern des Verteidigungsausschusses des Bundestages davongelaufen. Er war "böse" geworden, weil der Hamburger SPD-Abgeordnete Helmut Schmidt den Vortrag des Ministers über die sogenannte psychologische Verteidigung mit der Bemerkung unterbrochen hatte, der Inhalt der von Strauss gehaltenen Rede sei hinreichend bekannt. Nur kommt es sehr oft vor, dass ein Abgeordneter im verhältnismässig kleinen Kreis eines Bundestageausschusses Bemerkungen macht. Bisher hat das noch niemand übelgenommen. Anders Herr Strauss. Im ständigen Umgang mit "Untergebenen" scheint er sich daran gewöhnt zu haben, dass ihm niemand widerspricht. Grund genug, um nervös zu werden, wenn sich ein Abgeordneter nicht als "Untergebener" fühlt und keineswegs gewillt ist, die Rolle eines kritiklosen Kopfnickers zu übernehmen. - Der Vorgang ist symptomatisch. Die Tatsache, dass Herr Strauss davonlief, lässt darauf schliessen, wie wenig sich dieser Herr in der Gewalt hat. Kann ein Verteidigungsminister, der so schnell die Nerven verliert, weiterhin auf einem Posten bleiben, der ihn unter Umständen zu Entscheidungen über Tod und Leben autorisiert?

+ - +

### Zonen-LDP wurde gleichgeschaltet

-ck- Niemand wird sagen können, die sogenannten bürgerlichen Parteien in der Zone hätten noch die Möglichkeit zu einem echten politischen Eigenleben. Ob CDU, Liberaldemokratische Partei oder Nationaldemokraten - alle segeln gleichermaßen im Kielwasser der SED, erkennen deren "führende Rolle" an und plädieren für den "Sozialismus" Übricht'scher Prägung.

Und doch: Die Gleichschaltung ist auf der untersten Parteebene, in den Ortsgruppen, noch nicht überall perfekt. Besonders bei der LDP gibt es noch Ortsgruppenvorstände, die Jahr für Jahr von den Mitgliedern wiedergewählt werden und die - zumal in den Gemeindevertretungen - nicht vorbehaltlos alles schlucken, was die SED will. Dieser letzte Überrest altebener Konformismus soll jetzt gebrochen werden.

"Fort mit den Traditionsvorständen!" lautet die Forderung der längst bis auf den letzten Mann gleichgeschalteten LDP-Führungsspitze. Auf Beschluß des LDP-Zentralvorstandes dürfen bei den bevorstehenden Parteienwahlen nur noch solche Kandidaten durch die Ortsgruppen aufgestellt werden, die hundertprozentig auf den Pankower Kurs eingeschworen sind und sich vorbehaltlos zum "Aufbau des Sozialismus" unter uneingeschränkter SED-Führung bekennen. Und damit auch ja nicht der eine oder andere Widerspenstige durchrutscht, sind alle Kandidatenvorschläge vor der Jahreshauptversammlung in den Ortsgruppen erst der übergeordneten Kreisleitung zur Prüfung und Genehmigung vorzulegen.

Damit dürfte es auch mit dem letzten oppositionellen Windhauch, der hier und da noch auf der unteren LDP-Ebene vorhanden ist, zu Ende sein. Die LDP war in der Zone einmal eine sehr beachtliche Partei, mit der die Kommunisten zu rechnen hatten. Nach dem Tode ihres ersten Vorsitzenden Dr. Kulz im April 1948 gab sie Stück um Stück ihrer Selbständigkeit preis. 1951 stimmte die LDP der Planwirtschaft - sie, die liberale Partei! - zu, und ein Jahr später bekannte sie sich auf ihrem 5. Parteitag schon zur "rückhaltlosen Mitarbeit beim Aufbau des Sozialismus".

Welches Gewicht die LDP einmal in der Zone hatte, zeigen die Ergebnisse der Landtagswahlen vom Jahre 1946: damals stimmten von insgesamt 9 490 907 Wählern 2 411 130 für die Liberaldemokratie. Dabei kam der LDP freilich die im April desselben Jahres erfolgte Zwangsvereinigung von KPD und SPD zugute; viele sozialdemokratische Wähler gaben der LDP ihre Stimme, weil sie hier eine Möglichkeit zur Opposition gegen die verhaßten kommunistischen Gleichschalter sahen. Im Jahre 1948 zählte die LDP noch knapp 200 000 Mitglieder - eine Zahl, die schon bis Mitte 1955 auf die Hälfte zusammenschrumpfte. Inzwischen ist der Mitglieder-schwund rapide weitergegangen. Angesichts der Satellitenrolle ihres auf den kommunistischen Vordermann gebrachten Zentralvorstandes sagen sich die meisten LDP-Anhänger, daß die Mitgliedschaft in dieser Partei sinnlos geworden ist. Bei den Einheitswahlen können sie ohnehin keine eigenen Kandidaten auf eigener Liste mehr aufstellen, sondern müssen sich mit dem zufriedengeben, wieviele Jasage-Plätze ihnen die von der SED gesteuerte "Nationale Front" in den Kopenicker-Parlamenten bewilligt.

Der Satz im Gründungsaufruf der im Juli 1945 von den Sowjets zugelassenen Partei hört sich heute wie blanker Hohn an: "Was uns eint, das ist die liberale Weltanschauung auf die demokratische Staatsgesinnung..."

+ + +